



HESSISCHER LANDTAG

24. 05. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Erfolgreiche Ansiedlung neuer Institutionen und Projekte für einen starken Finanzplatz Frankfurt

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Finanzplatz Frankfurt nach wie vor zu den wichtigsten Finanzplätzen der Welt gehört. Frankfurts Finanzbranche bietet über 66.000 Menschen eine Beschäftigung. Der Finanzplatz beherbergt über 248 Kredit- und Versicherungsinstitute, wovon der Großteil ausländische Institute sind. Auch durch den Brexit konnte der Finanzplatz seine Position weiter festigen. Mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM), der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Börse und des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung nimmt der Finanzplatz international eine wichtige Rolle ein. Der Finanzplatz Frankfurt wird durch die Ansiedlung von neuen Institutionen und Projekten weiter gestärkt, auf dem Weg zum führenden Sustainable Finance Standort weiter unterstützt und in die Lage versetzt, Antworten auf zentrale Zukunftsfragen zu geben.
2. Der Landtag betont die Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt für die Wirtschaft in Hessen und in ganz Deutschland. So wird die Region Frankfurt/Rhein Main im internationalen „Startup Genome Report“ unter den Top 30 der dynamischsten Gründungsregionen für Fintechs aufgeführt. Der Landtag hebt hervor, dass die Stärkung des Finanzplatzes ein wichtiges Anliegen der hessischen Landesregierung ist. In diesem Zusammenhang begrüßt er ausdrücklich die Unterstützung der Hessischen Landesregierung auf verschiedenen Ebenen, wie beispielsweise durch die Servicestelle Finanzplatz Frankfurt oder die enge Begleitung und Information im Zuge des Brexit. Im Interesse der Finanzstabilität in Deutschland und in der EU sowie im Interesse des Finanzplatzes Frankfurt fordert der Landtag ferner, dass systemrelevante Finanzgeschäfte wie das Euro-Clearing aus London in die EU und damit auch nach Frankfurt verlagert werden. Die Landesregierung setzt sich zudem mit Nachdruck für die Bekämpfung von Steuerkriminalität ein.
3. Der Landtag unterstreicht die Erfolge der Landesregierung beim Aufbau eines erfolgreichen Ökosystems für Sustainable Finance wie zuletzt die Ansiedlung des „International Sustainability Standards Board“ (ISSB). Das ISSB hat es sich mit Unterstützung der G20-Staaten zur Aufgabe gesetzt, einheitliche und weltweite Basisstandards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen zu entwickeln. Anhand dieser Standards sollen Unternehmen zukünftig zu den Nachhaltigkeitsaspekten ihrer Tätigkeit berichten können. Ziel muss es sein, dass spezielle Anforderungen in einzelnen Rechtsräumen, beispielsweise im EU-Recht, auf dieser Basis frictionsfrei aufsetzen. Mit der Ansiedlung des Schlüsselstandorts des ISSB in Frankfurt wird die internationale Bedeutung des Finanzplatzes noch weiter gestärkt.
4. Der Landtag unterstützt in diesem Zusammenhang auch die Bewerbung des Finanzplatzes Frankfurts um den Sitz der EU-Anti-Geldwäsche-Behörde. Er bittet die Landesregierung, sich weiterhin auf allen Ebenen dafür einzusetzen, für den Sitz zu werben und die Attraktivität des Standortes in Frankfurt hervorzuheben.
5. Der Landtag stellt fest, dass Hessen bereits seit 2018 im Bereich der Finanzdaten gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Verwaltung, Universitäten und Unternehmen an dem Aufbau eines Finanzdatenclusters, dem sogenannten „Financial Big Data Cluster“, arbeitet. Hinzu kommt der Aufbau des Datentreuhänders EuroDaT. Die-

ser soll es ermöglichen, Daten aus verschiedenen Quellen des Finanzmarktes rechtssicher miteinander zu verknüpfen. Die breite Datengrundlage soll mit Hilfe von künstlicher Intelligenz genutzt und ausgewertet werden. Insgesamt stehen für das Projekt 20 Millionen Euro Fördermittel bereit. Die eine Hälfte stammt aus dem europaweiten und von der Bundesregierung geförderten Projekt GAIA-X, die andere von Projektpartnerinnen und Projektpartnern aus der Finanzwirtschaft. Mit der Umsetzung des Projekts ist ein von der d-fine GmbH koordiniertes Konsortium betraut, zu dem u.a. das hessische Wirtschaftsministerium, das Zentrum für verantwortungsbewusste Digitalisierung (ZEVEDI) sowie Mitglieder aus Wissenschaft und Wirtschaft gehören.

6. Der Landtag befürwortet die weitere Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt, insbesondere das Ziel, ihn zum führenden Sustainable Finance Standort auszubauen. Der Landtag unterstreicht die Bedeutung des Green and Sustainable Finance Clusters Germany, das den Transformationsprozess zu einer „Green and Sustainable Economy“ vorantreibt, indem es die verschiedenen Akteurinnen und Akteure am Finanzplatz Frankfurt zusammenbringt und gezielt bei nachhaltigkeits- und klimarelevanten Fragen unterstützt. Damit wird auch die dringend benötigte Transformation der Realwirtschaft weiter vorangebracht. In diesem Zusammenhang hebt der Landtag die sehr erfolgreiche erste grüne Anleihe mit einem Volumen von 600 Mio. Euro hervor. Das große Interesse an dieser Anleihe zeigt, dass auch am Kapitalmarkt das Bewusstsein für die Bedeutung des Klimaschutzes steigt. Der Hessische Landtag ist davon überzeugt, dass eine ökologisch ausgerichtete Finanzwirtschaft eine Schlüsselrolle beim Übergang zu einer insgesamt nachhaltigeren Wirtschaft hat.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 24. Mai 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)